

PUK

persönliches Umweltkonto

ökologische und soziale Schieflage
gegenseitig ausgleichen

Dr. Norbert Held
Blücherstr. 28
Mönchengladbach 2016
Kontakt@dasumweltkonto.de

Version: Februar 2021

Liebe Leser*innen,

ich habe den Text zur Erklärung des Persönlichen Umweltkontos neu überarbeitet und hoffentlich verständlicher gemacht. Ich gehe Schritt für Schritt vor und verbanne alle Fremdwörter, Anmerkungen und Quellenhinweise in die Fußnoten. Dennoch kann nicht alles in drei Sätzen gesagt werden. Daher bitte ich um Geduld und ca. ein halbe Stunde Zeit. Es geht los!

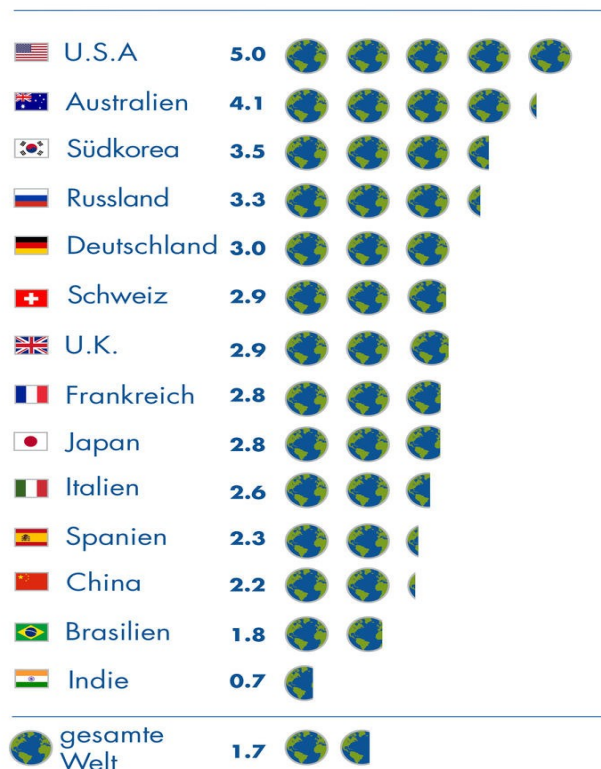
In den letzten Jahrzehnten hat sich Folgendes gezeigt:

A: Die zum Leben und zum Wirtschaften wichtigen Ressourcen werden knapper und zum überwiegenden Teil in den nächsten 50 bis 80 Jahren aufgebraucht sein.

Unter Ressourcen kann alles verstanden werden, was zur Lebensentfaltung benötigt wird: Wasser, Metalle, Chemikalien, Energieträger wie Strom und Brennstoffe aber auch Wohnraum und Atemluft.

Wie es generell um unseren Verbrauch an Ressourcen bezüglich der Vorkommen und deren Erneuerbarkeit auf der Erde steht, zeigt folgendes Schaubild:

Wie viele Erden bräuchten wir, wenn alle Leute der Welt so leben würden wie die Bewohner von...



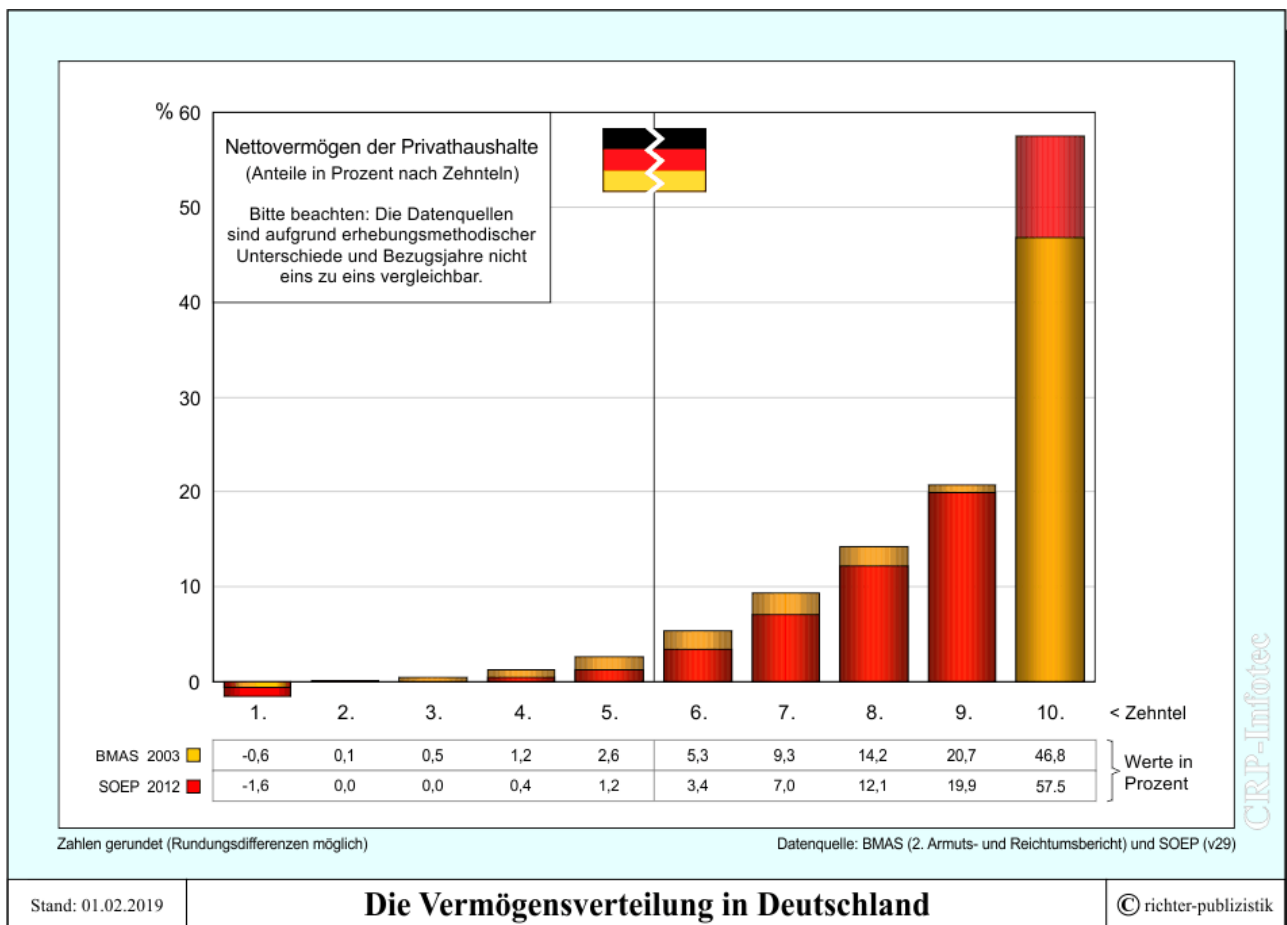
Source: Global Footprint Network National Footprint Accounts 2018

Soll der Wandel im Umgang mit allgemein knapper werdenden Ressourcen und zu vermeidenden Emissionen gelingen, bedarf es gesellschaftlich einer **gerechten, umfassenden, zukunftstauglichen Verteilungsstruktur**.

Dazu wird meist gefordert, dass die Preise für Handelsprodukte und Dienstleistungen auch die ökologischen Kosten widerspiegeln sollten. Dies scheint zwar nach dem Verursacherprinzip gerecht, aber nur dann, wenn die Zugriffsrechte, sprich Geld als Tauschmittel, relativ gleichmäßig verteilt sind. So kommen wir zu unserem zweiten Problem:

B: Aufgrund der starken Vermögensschiefelage in Deutschland und weltweit, funktioniert die ökologische Umsteuerung über Geld bzw. erhöhte Preise nicht oder nur sehr eingeschränkt.

Die Vermögensschiefelage veranschaulicht sehr schön folgendes Schaubild:



Zur Anhäufung von Kapital in den Händen Weniger, hat der französische Ökonom Thomas Piketty mit Hilfe anderer Ökonomen in seiner Schrift "Das Kapital im 21. Jahrhundert" eine umfassende Analyse vorgestellt. Er untersuchte Vermögens-Verteilungsdaten ausgehend vom 18. Jh. in England und Frankreich unter Hinzuziehung von Daten aus dem 19. Jh. von Deutschland, Japan, Kanada, Italien, Australien bis in die Gegenwart, d.h. 2010. Alle seine Graphiken sind im Internet jedem zugänglich: <http://piketty.pse.ens.fr/fr/capital21c> . Fazit der Analysen: in allen Ländern nimmt die Vermögensungleichheit besonders ab den 70er Jahren kontinuierlich zu.¹ Einzig die beiden Weltkriege in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts bewirkten Rückverteilungs- bzw. Ausgleichseffekt. Hier wurde ausgeglichen durch Einebnung, sprich Zerstörung. Diese Art des Ausgleichs ist nicht empfehlenswert.

Die Corona-Krise zeigt zudem, dass es einer leistungsunabhängigen Verteilungsstruktur bedarf, soll der gesellschaftlicher Zusammenbruch der Grundversorgung vermieden werden. Die bislang vom Staat gegebenen Unterstützungsgelder führen nicht selten zu der Absurdität, dass damit Konsumstrukturen unterstützt werden, die wir uns umweltbezogen so nicht mehr leisten können. Wir bedürfen einer Verteilungsstruktur aller lebensnotwendiger Güter, die es unserer Gesellschaft ermöglicht, bei Bedarf den Handel über Monate problemlos runterfahren zu können, ohne in Schwierigkeiten zu kommen.

Was schließen wir aus dem Ressourcenmangel einerseits und der extremen Vermögensungleichheit andererseits?

Einem großen Teil der Bevölkerung wird der Zugang zu Ressourcen in Zukunft stark erschwert sein, während wenige Superreiche keine Einschränkungen verspüren werden. Ohne soziale Gerechtigkeit, ist der Rechtsstaat, eine friedliche und freie Gesellschaft gefährdet.

"Wenn also die sozialen Systeme", schreibt der Zoologe Bernhard Verbeek² 1990 in "Die Anthropologie der Umweltzerstörung", "weiterbestehen sollen, muß eine stabilisierende Rückkopplung zum Erhalt der ökologischen Basis eingebaut werden, **und zwar über das Recht**. [Hervorhebung von mir] Die Folgen - auch die unangenehmen" - müssen möglichst sofort auf den Verursacher zurückwirken, Ressourcen schonend, Eingriffe

¹ S.h. die filmische Darstellung der Verhältnisse aufgrund der in Pikettys Buch aufgezeigten Daten: https://www.amazon.de/gp/video/detail/B07Z2QRDCK/ref=atv_hm_hom_3_c_wASWc3_brws_3_19

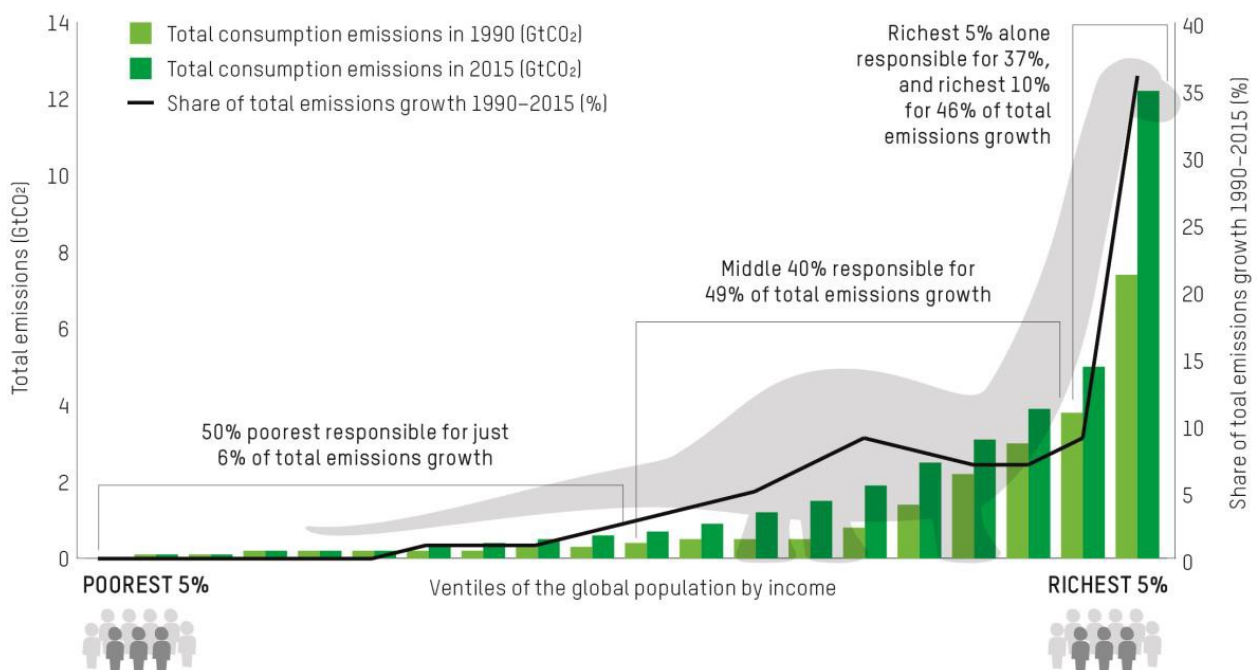
² Bernhard Verbeek war Professor für Zoologie und Didaktik der Biologie an der Universität Dortmund (seit 1983) verfasste 1990 die sehr lesenswerte Schrift "Die Anthropologie der Umweltzerstörung", S. 260.

minimierend."

Man kann es auch in Ergänzung eines Ausspruches des ehemaligen Präsidenten des Wuppertaler Institutes für Klima, Umwelt, Energie, Ernst Ulrich v. Weizsäcker, sagen:

Der Sozialismus ging daran zu Grunde, dass er es nicht zuließ, dass die Preise die ökonomische Wahrheit sagen. Der Kapitalismus wird daran zugrunde gehen, dass er nicht dafür sorgt, dass die Preise die ökologische Wahrheit sagen. Die Ökologische Bewegung könnte daran scheitern, dass sie die Einkommens- und Besitzverhältnisse übersieht.

Dass die "Vermögenden" (s.c. Kapital bzw. Geldbesitzerinnen) auch diejenigen sind, die den größten ökologischen Schaden anrichten, zeigt eine aktuelle Studie von Oxfam³ (21.09.2020), der folgende Grafik entnommen ist:



Ist eine ökologisches Umsteuern **ohne primäre Verbote, ohne schwerwiegende Handelseingriffe und Steuererhöhung möglich?**

JA, - indem man Zugriffsrechte auf Ressourcen und Emissionsrechte an alle Bürger gleich verteilt.

Das kann international, national oder regional geschehen. Hier appelliere ich an die Bundesbürger*innen Deutschlands.

³ <https://www.oxfam.de/system/files/documents/20200921-confronting-carbon-inequality.pdf>

Durch Einführung eines "Persönlichen-Umwelt-Kontos" (PUK), das

- von Einführung / bzw. Geburt an
- für jeden Bürger gleich
- nach durchschnittlichen Vorjahres-Verbrauch von seltenen Ressourcen/ schädlichen Emissionen
- mit Zugriffspunkten jährlich **gefüllt** wird,

können wir Ressourcen-/ Emissionseinsparung und die Vermögensschiefelage als zentrale Probleme unserer Gesellschaft verbunden angehen.

Denn: **Einkommens- und Obdachlose haben** etwas, was den Geldreichen abgeht: **Eine gute Ökobilanz.**⁴

Das hier vorgeschlagene Konzept eines persönlichen Umwelt-Kontos (PUK) verfolgt und verbindet folgende Ziele:

- beweglich und anpassungsfähig gegen Ressourcenverschwendung und Schadstoffemissionen zu wirken,
- Ausstieg aus Konsum- und Wachstumswahn,
- einen Ausgleich der Vermögensschiefelage,
- dabei marktwirtschaftlich-liberal bleiben und ohne direkte Eingriffe in Besitz und Einkommen auszukommen (Steuern).

Das Konzept setzt folgende Grundgedanken voraus:

a) **Wirtschaft** (Volks- bzw. Nationalökonomie) dient zur **Versorgung aller Menschen** mit den für ihre Lebensentfaltung notwendigen Dingen, anschließend mit den jeweilig oder allgemein gewünschten Dingen. Es geht darum Bedürfnisse zu decken, nicht zu wecken. Daraus wird deutlich, dass Betriebswirtschaftler nicht unbedingt "Wirtschaftsexperten" sind. Volks-Wirtschaftler haben die gesamte Wirtschafts- d.h. Versorgungslage im Blick. Betriebswirtschaftler nur die ihres Betriebes. d.h. unter Umständen sehr egoistische oder zumindest eigenbezogene, eingeschränkte Ziele. Was betriebswirtschaftlich gut erscheint, kann volkswirtschaftlich katastrophale Folgen haben.

b) Unter dem Aspekt der Freiheit und Gleichheit aller Menschen gehören alle

⁴ polemisch könnte man auf den japanischen Milliardär Yusaku Maezawa verweisen, der eine Touristenfahrt zum Mond in Blick nimmt und dabei keine Probleme hat, sich die dazu nötigen Ressourcen zu kaufen. Seriöser ist der Hinweis auf eine Studie des Bundesumweltamtes 39/2016. Studie von Oxfam 21.09.2020 <https://www.oxfam.de/system/files/documents/20200921-confronting-carbon-inequality.pdf>

Ressourcen allen Menschen (und unter Umständen allen Lebewesen) gleichermaßen.⁵ Somit ist ein gleicher Zugang zu wichtigen Ressourcen menschlicher Entwicklung eine Frage der Gerechtigkeit.⁶

c) **Das Nicht-Verbrauchen** von Rohstoffen und **Nicht-Ausstoßen von Giften** ist eine **positive Unterlassung**. Daher haben geldarme Menschen aufgrund ihres eingeschränkten Konsums etwas, was in Zukunft sehr wichtig wird, wenn wir unsere Lebensgrundlage erhalten wollen. **Egal aus welchem Grund ein Mensch wenig Ressourcen verbraucht.**⁷ **Dieser Nichtverbrauch sollte gerechterweise positiv angerechnet werden!**

Nun die Idee:

Jeder Bundesbürger*in erhält durch ein regierungsunabhängiges Institut mit Einführung bzw. von Geburt an ein persönliches Umweltkonto (PUK), versehen mit einer Identifikationsnummer. Zu Beginn wird, gemessen an dem jährlichen Durchschnittsverbrauch aller Bürger*innen der zu schützenden Ressourcen/ vermeidenden Emissionen, eine Punktemenge bestimmt. Jedes Konto wird jedes Jahr mit Punkten gefüllt, und zwar nach dem durchschnittlichen Punkteverbrauch aller Bürger*innen im Vorjahr (oder Dreijahresperiode)

Mit den Punkten hat jeder Bürger beschränkten Zugang zu schützenswerten Ressourcen bzw. Emissionsrechte (z.B. CO₂).⁸ Beim Kauf punktepflichtiger Gegenständen oder

⁵ Das gleiche Recht auf Ressourcen ist ein Zugriffsrecht und läßt Erschließungs- und Vermarktungsrechte zunächst unangetastet, sofern diese nicht Zugriffsrechte verletzen. Die Idee des Gemeinbesitzes der Lebensressourcen ist auch transkulturell. Man siehe hierzu das "Li Gi, Buch der Sitten", welches die konfuzianische Lehre im 1. Jh vor Chr. formuliert: 3. Kap. 1. Teil, Nr. 2: "Zur Zeit, als der große Weg herrscht, war die Welt gemeinsamer Besitz" übersetzt von Richard Wilhelm, Jena 1930, S. 30.

⁶ Rawls/ A. Sen, s.a. Menschenrechtscharta der UN und Art. 1, Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 „**Die Menschen werden frei und gleich an Rechten geboren und bleiben es. Gesellschaftliche Unterschiede dürfen nur im allgemeinem Nutzen begründet sein.**“

⁷ Dass z.B. der CO₂-Verbrauch mit dem Einkommen steigt, darauf verweist das Magazin Spiegel in einem Bericht online hin:<http://www.spiegel.de/wirtschaft/klimawandel-das-koennen-sie-persoendlich-dagegen-tun-a-1240539.html> 6. Dez 2018 15:44 Uhr und, wie erwähnt, die Studie 39 /2016 des Bundesumweltamtes, und Oxfam 21.09.2020.

⁸ Damit wird grundsätzlich den Zugriffsrechten durch Geld eine Zugriffspunkteregelung als soziale Ausgleichswährung beigelegt.

Dienstleistungen, werden via ID-Nummer vom Umweltkonto Punkte abgezogen.

Wie kann das konkret aussehen?

Ich gehe im Supermarkt einkaufen, 20 Artikel, davon 12 punktepflichtig (wer das bestimmt wird noch geklärt). An der Kasse zahle ich, wie jetzt, die normalen Preise. Auf dem Kassensbon stehen neben den Artikeln bei den 12 Artikeln die Umweltpunkte, die am Ende ebenfalls als Summe aufgeführt werden. Nach Angabe der Umweltkonto-Identitätsnummer, werden diese vom meinem Umweltkonto abgebucht, - nur die Summe. Zahle ich bar, muss der Vorgang mit Id-Karte erfolgen. Zahle ich über Karte oder digital, können diese Zahlungsprozesse parallel ablaufen.

Beispiel Kassenzettel				
				1 P = 1 €
1kg	Bananen	2 P	3,50 €	5,50 €
1l	Bio Milch	0 P	1,20 €	1,20 €
1l	günstige Milch	4 P	0,90 €	4,90 €
500g	Fleisch	6 P	4,99 €	10,99 €
500g	Bio-Fleisch	0 P	7,80 €	7,80 €
1kg	Kaffee	5 P	6,99 €	11,99 €
1kg	Fairtrade Kaffee	0 P	11,10 €	11,10 €
Summe		16 P	36,38 €	52,38 €

Was mache ich, wenn ich keine Punkte mehr habe?

Sind die Punkte des Kontos verbraucht, dürfen unbeschränkt von anderen Kontoinhabern Punkte dazu gekauft werden. Das Umwelt-Konto darf auch im Laufe des Jahres bis zur Ausgabemenge, also der Menge, die ich zu Beginn des Jahres erhalten habe, überzogen werden. Für den Überzug werden Gebühren an das Verwaltungsinstitut fällig.⁹ Für Kontoüberzug über das vorgesehene Limit werden sich strak erhöhende Gebühren fällig. Alle Gebühren werden am Ende des Jahres zentral erhoben.

⁹ das diese nach Abzug ihrer Kosten z. B. an die Kommunen, der jeweiligen Kontoinhaber zur Unterstützung der Kommunen weiterleiten könnte.

Sollte man nicht den Zukauf begrenzen?

Das ist zunächst nicht nötig, weil dieser durch die Ausgabemenge nach dem Durchschnittsverbrauch aller bereits beschränkt ist. Der Zukauf beschleunigt die finanzielle Verbesserung einkommensschwacher Bürger*innen und trägt so beschleunigt zum Ausgleich der Vermögensschiefelage bei.

Ist kein Zukauf mehr möglich und das Dispo-Limit erreicht, steigen die Kosten weiterer Überziehung stark an (d.h. es gibt einen Grenzwert, d.h. einen Punkt an dem Nichts mehr läuft, weil der Preis ins Unendliche geht). Der Preis für Dispo-Punkte sowie totaler Überziehung dient als Preisgrundlage für den Punkte-Handel.

Was geschieht, wenn ich nicht alle Punkte verbrauche?

Nicht verbrauchte Punkte können gespart werden oder eben verkauft. Die gesparten Punkte und die nichteingerechneten gehandelten Punkte senken somit den Durchschnittsverbrauch und damit die Punkteanzahl der im kommenden Jahr auszugebenden Punkte. Durch den Verkauf von Punkten können sich Bürger*innen Geld erwerben (Zugangsrechte zu anderen Produkten bzw. Leistungen). Der Verkauf sollte begrenzt werden. So sollte ein festzulegender Anteil für die persönliche Verwendung im direkten Lebensumfeld verbleiben.

Wer bestimmt die Punktemenge und die punktepflichtigen Produkte und regelt deren Handel?

Ein regierungsunabhängiges Institut (ähnlich der Europäischen-Zentral-Bank oder des Rundfunkrats) könnte zu all dem genaue Regeln aufstellen. Dieses müsste als neue staatliche Instanz im Grundgesetz verankert und, wie bei der Wahl der Mitglieder der Bundesgerichte und ähnlicher Institute demokratisch ermittelt und legitimiert werden.

Welches wären die Aufgaben des unabhängigen Instituts?

- Die Ressourcen bzw. Schadstoffe benennen, die mit Punkten zu belegen sind. Man kann zunächst mit wenigen beginnen.
- Die Punktemenge, die für Ressource oder Schadstoff angesetzt werden.
- Die Punktemenge ermitteln, die jedes Jahr den Bürgern zu Verfügung steht, und zwar nach dem Durchschnittsverbrauch der Ressourcen und Schadstoffe der Bürger/innen im Vorjahr.
- Es verwaltet die PUKs.

- Stellt Regel für den Handel mit Umwelt-Punkten auf und überwacht den Handel.

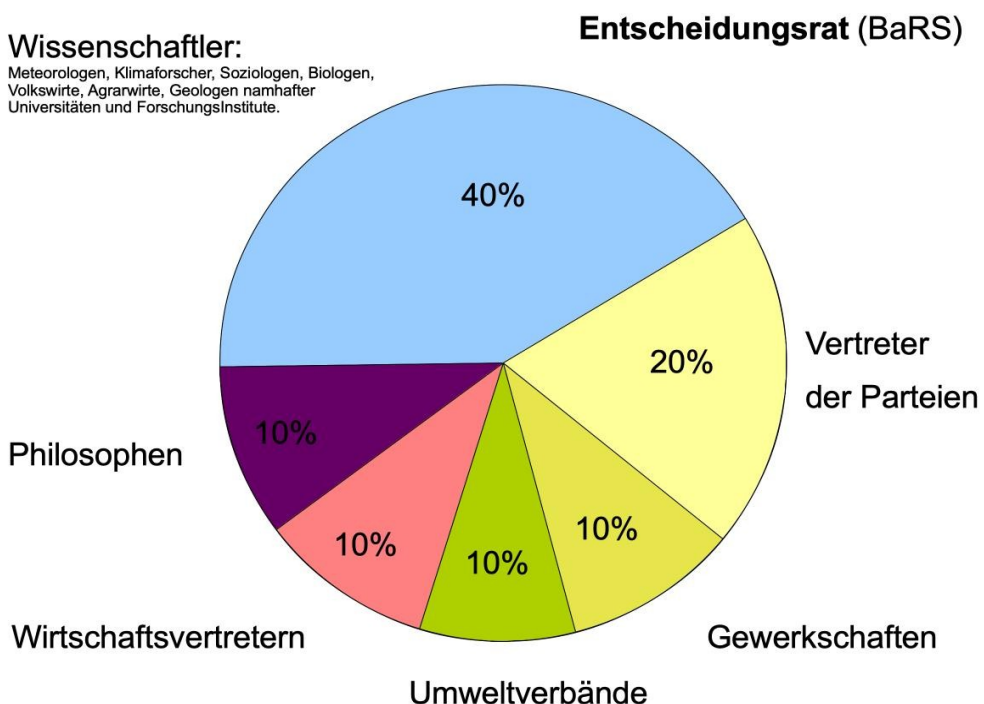
Regelungsvorschläge:

- **zur Mengenermittlung:** Überziehungspunkte werden nicht und zugekaufte nur eingeschränkt in den durchschnittlichen Punkteverbrauch für die Ausschüttung im folgenden Jahr eingerechnet. Damit vermindert sich die Durchschnittsmenge kontinuierlich.
Gesparte und später für persönliche Zwecke verausgabte Punkte sollten hinzugerechnet werden.
- **zum Handel:** Zwischenhandel mit Punkten sollte nicht erlaubt sein, d.h. keine Spekulationsgeschäfte!
Das bedeutet jeder kann nur für seinen *direkten* Bedarf Punkte hinzukaufen. Das Aufkaufen zwecks Rücklage ist unzulässig. Das Zukaufen bei nicht ausreichender Menge hingegen zulässig. Ich kann nicht einfach, weil ich weiß, dass in Zukunft die Punktemenge sinkt und damit der Verkaufspreis steigt, vorsorglich Punkte kaufen, die ich erst in drei Jahren brauche.

Welche Personen sollten in einem solchen Institut vertreten sein?

Ich denke es sollte zum großen Teil aus Wissenschaftlern relevanter Disziplinen bestehen.

Welche Wirkung hätte das PUK auf die Gesellschaft?



A) Seite der Geld- bzw. Gutsbesitzer*innen

- Privatbesitz bleibt unangetastet,
- wird aber vergesellschaftet. Der ungleich verteilte Besitz, muss auf neuer Ebene geteilt werden.¹⁰
- Die Macht des Geldes wird eingeschränkt, durch gleichwertige Zugriffs-Rechte.

B) Seite der Besitzlosen/ Einkommensschwachen, sie erhalten

- gleiche Zugriffs-Rechte und damit die Möglichkeit einer aktiven Teilhabe an der Gesellschaft.
- eine Quelle zum Gelderwerb durch Verkauf von Umweltpunkten.
- Ihr Selbstwertgefühl zurück, weil allein ihr Dasein ihnen Zugriffs-Rechte verbürgt. Gemäß GG, Art. 1, Abs. 1: „ Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Welchen gesellschaftlich-politischen Vorteil hat dieses Ökologische Umverteilungs-Konzepts gegenüber einer Regelung durch Besteuerung/Gesetz?

- Kommt ohne direkte Verbote und Eingriffe aus.
- Die Umverteilung findet **positiv** durch gleiche Verteilung von Umweltpunkte statt.
- Die Effekte sind unmittelbar.
- Das Konzept ist marktwirtschaftlich-liberal, umwelt- und familienfreundlich,
- regierungsunabhängig,
- schneller,
- dynamisch,
- situativer,
- gerechter,
- preisneutral [während Steuern den Preis erhöhen, Schwarzhandel-Gefahr].
- Es ist unabhängig von anderen Ausgleichsmaßnahmen (Grundeinkommen, Kapital - bzw. Ökosteuer), behindert diese aber auch nicht.

¹⁰ Gemäß GG, Art. 14, Abs. 2: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Zum Betrieb vieler Eigentumswohnung muss nun ein Besitzer Mitbürger finden, die diese bewohnen bzw. zum Teil bewohnen, weil sein privates Ressourcen-Konto nicht genügend Ressourcen-rechte hergibt, die zum Betreiben mehrerer Immobilien braucht.

Häufigsten Kritikpunkte:

1. Ökodiktatur, Verlust individueller Freiheitsrechte.
2. Das Konzept erinnert an den Handel mit CO₂-Zertifikaten, der bislang nicht richtig klappt.
3. Punkte-Verrechnung zu komplex, kompliziert.
4. Datenschutz. Das Kaufverhalten wird gläsern. Sozialkontrolle wie in China.
5. Das Konzept setzt beim Verbraucher an, statt bei den Produzenten.
6. Das Konzept ist effektiv widersprüchlich. Durch die Umverteilung würden neue Konsumprozesse generiert, die wieder mehr Ressourcen in Anspruch nehmen.
7. Schöne Idee, aber nicht umsetzbar.

Zu Kritik-Punkt 1: Ökodiktatur, Verlust individueller Freiheitsrechte

Alle Ressourcen gehören allen Menschen gleich. Ihre Vermarktungsrechte bleiben allerdings durch das PUK unangetastet. Punktesystem und Punkteverteilung werden von einem Nichtregierungsgremium unter demokratischen Regeln und demokratischer Wahl der Mitglieder verwaltet, und zwar begründet nach Maßgabe ökologischer Notwendigkeit und sozialer Verträglichkeit. Klimawandel und Ressourcenknappheit machen eine deutliche Änderung unseres Konsumverhaltens nötig. Anders als in einer Diktatur wird nicht willkürlich etwas vorgeschrieben, sondern im Sinne des Gemeinwohls für alle verbindliche Rahmenbedingungen geschaffen. Es gibt kein Recht auf Verschwendung. - Ein Recht, mehr von einer Ressource verbrauchen zu dürfen als andere, bedarf einer Begründung aus besonderer Sachlage. Zudem werden keine konkrete Verbrauchsmengen vorgeschrieben, noch in die Preisgestaltung eingegriffen. Das PUK wird nach Punkten verrechnet. Diese ermöglichen den Zugriff auf einen Ressourcen-Fond. D.h. jemand kann durchaus von einer Ressource erheblich mehr als der Durchschnitt von einer Ressource verbrauchen, muss dann allerdings bei anderen Ressourcen zurücktreten. Geschieht dies einseitig und von sehr vielen, wird nach der Regel der Verknappung der Punkte-Wert der entsprechenden Ressource erhöht. Das PUK gewährt somit individuelle Freiheit in Form sozialer Gerechtigkeit und hat mit einer Ökodiktatur nichts zu tun.

Zu Kritik-Punkt 2: Das Konzept erinnert an den Handel mit CO₂-Zertifikaten, der bislang nicht richtig klappt.

Ja, das ist richtig, aber es gibt zwei wesentliche Unterschiede. Der Handel mit CO₂-Zertifikaten funktionierte bislang nicht, weil zu viele Zertifikate zu günstig ausgegeben wurden. Beide Fehlerquellen hat das Umwelt-Konto nicht, weil sich das Niveau der Punkteverteilung aus dem Durchschnittsverbrauch ergibt und an diesem gebunden bleibt. Die Zukaufsmöglichkeit einer Einzelperson ist nicht begrenzt, kommt aber doch an Grenzen, und zwar so, dass gerade bei der Einführung ein starkes Signal zum Einsparen des Ressourcenverbrauchs bei geldreichen Personen zu erwarten ist. Zudem verbindet das Ressourcen-Konto zwei sozial problematische Gesellschaftsbereiche, den Umweltschutz mit der Vermögensumverteilung, sodass jeder Zukauf aufgrund ungleicher Besitzverhältnisse automatisch das Vermögensgefälle reduziert. Damit Umweltschutzregularien nicht ihre Wirkung verfehlen, muss die Vermögensschiefelage ausgeglichener sein. Umweltschutz wird scheitern, wenn die meisten Menschen keine Mittel haben, ihre Lebensform qualitativ zu verbessern, während wenige beliebig Ressourcen verschwenden.

Zu Kritik-Punkt 3: Punkte-Verrechnung zu komplex, kompliziert

Es steht außer Frage, dass zur Einführung und Durchführung ein erheblicher Aufwand betrieben werden muss. Die entsprechende Behörde, der Entscheidungsrat sowie ein funktionstüchtiges Verrechnungssystem muss gebildet werden. Doch trotz der Komplexität erscheint es mir machbar. Mit der LKW-/PKW-Maut oder der Neugestaltung der Grundsteuer sind ebenso komplexe Veränderungen angegangen, die jedoch einen viel geringeren positiven Wandlungseffekt auf die Gesellschaft ausüben. Man könnte auch zunächst mit sehr eingeschränkter Punktebelegung (nur für die wichtigsten Ressourcen /Emissionen) und/oder regional beschränkt beginnen. Ebenfalls muss geklärt werden, wer die Mitglieder eines Umwelt-Konto-Gremiums bestimmt. Aber hier gibt es bei der Wahl der Bundesrichter sowie bei der Bestimmung der Mitglieder der Medienrates und anderen Gremien Vorbilder.

Zu Kritik-Punkt 4: Datenschutz. Das Kaufverhalten wird gläsern. Sozialkontrolle wie in China.

Vorgeschlagen ist eine Verrechnung über Identifikationsnummer, dem ein entsprechendes Punktekonto zugeordnet ist. Auf diesem Konto muss, wie bei einem Bankkonto, ersichtlich sein, wann, für was, welche Punkte abgezogen wurden. Je nach Umfang der Punktebelegung könnte dadurch das gesamte Kaufverhalten gespiegelt sein. Das bleibt hinsichtlich des Datenschutzes höchst problematisch, ist aber ein generelles Problem unserer digitalen Verwaltungs- und Zahlungsstruktur und damit nichts durch das Umweltkonto neu Geschaffenes. Diese Problematik haben wir bereits bei allen Payback-Karten und digitalen Geldgeschäften: Online-Banking, Bankkarten, Kreditkarten, Digitaler Gesundheitscheck der Krankenkassen etc. Die Punkte-Konten müssen daher dieselbe Sicherheitsstandards haben wie sie beim Online-Banking erforderlich sind. Wie oben im Beispiel mit dem Supermarkteinkauf gesagt, wird nur (wie beim Bankkonto) die Summe übermittelt. Deren Zustandekommen zeigt allein der Kassenbon.

Eine Sozialüberwachung wie in China findet nicht statt, weil nicht repressiv vorgegangen wird. Niemand muss sich Zugriffspunkte durch korrektes Verhalten erwerben, ebensowenig werden Sanktionen ausgesprochen. Hinsichtlich sozialer Kontrolle sind die derzeit eingeleiteten elektronisch-digitalen Gesundheits-Apps der Krankenkasse, sowie die Einträge und Datenanalysen durch Facebook und Google erheblich problematischer. Grundsätzlich kann freilich jedes Datenerfassungssystem missbraucht werden.

Zu Kritik-Punkt 5: Das Konzept setzt beim Verbraucher an, statt bei den Produzenten.

Nach Konfuzius fängt alle wesentliche Veränderung bei der eigenen Haltung an. Es reicht aber nicht an diese zu appellieren! Wenn sich das Konsumverhalten der Menschen nicht ändert, wieso sollten dann die Produzenten ihre Produkte verändern? Regeln für den Konsum von Ressourcen sind immer auch Regel für die Produktion der Produkte und des Ressourcenverbrauchs. Denn: Alle Macht geht vom Konsumverhalten der Menschen aus. Sie zahlen auch die Zeche. Das schließt aber nicht aus, dass man weiterhin zum Schutz der Umwelt auch den Produzenten Rahmenbedingungen vorgibt und auch vorgeben muss. Es wäre auch zu denken, dass die Produzenten sich von den Bürgern ebenfalls Punkte für den Verbrauch ihrer Ressourcen/Emissionen kaufen müssten, dann müsste aber die Ausgabemenge den gesamten Ressourcen-/Emissionsverbrauch berücksichtigen und über Punkte auf alle Bürger*innen verteilen, was ich dann als Konzept eines

Umfassenden Persönliche Umwelt-Kontos bezeichnen würde, kurz UPUK (dazu ein anderes Mal mehr).

Zu Kritik-Punkt 6: Das Konzept ist effektiv widersprüchlich. Durch die Umverteilung würden neue Konsumprozesse erzeugt, die wieder mehr Ressourcen in Anspruch nehmen.

Hier liegt nur scheinbar ein Widerspruch vor. Es ist richtig und auch gewollt, dass der Gelderwerb durch Verkauf von Ressourcen-Punkten zu mehr Konsum bei den Besitzlosen führt und damit (grundsätzlich und allgemein verstanden) zu Konsum von Produkten, deren Herstellung Ressourcen verbrauchen. Aber nicht alle Ressourcen sind umweltschädlich und viele Ressourcen sind erneuerbar. Es macht einen Unterschied, ob sich jemand mit dem Geld ein Flugticket kauft oder Kleider bzw. ein Brötchen. Im ersten Fall bräuchte es dazu wieder Ressourcenpunkte, im letzten nicht (oder gegebenenfalls deutlich weniger). Der Einwand gilt nur dann, wenn alle Ressourceneinsparung auf der einen Seite zur selben Ressourcenausgabe auf der anderen Seite führt. Dann wäre nur etwas zur Umverteilung geleistet, aber nichts für die Umwelt. Zumindest wäre die Verteilung gerechter.

Würde jemand die Hälfte seiner Ressourcenpunkte verkaufen, um die verbleibenden Ressourcenpunkte für umweltschädliche Konsumgüter zu verwenden, könnte er folglich dies nur in dem Maße tun, wie er durch den Verkauf Geld erworben hat. Damit ist seine Möglichkeit umwelt-reduzieren Verhaltens auf max. 50% limitiert, bei Deckelung der Verkaufsmenge sogar darunter. Das Vorurteil, dass Menschen mit ihren Zugriffsrechten, sei es Geld (wie beim bedingungslosen Grundeinkommen) oder wie hier Zugriffspunkten nicht umzugehen wüssten, ist ein widerlegtes Vorurteil¹¹ und zudem eine gefährliche Behauptung, - weil man dann auch allen Rentnern und Menschen, soweit sie von Zinsen leben oder Geld geerbt haben, also dafür keine Arbeitsleistung mehr erbringen, ebenso diese Fähigkeit absprechen müsste. Umgekehrt gibt es zahlreiche Beispiele, die durch alle Gesellschaftsschichten hindurch zeigen, dass Menschen, die durch Lohnarbeit Geld verdienen, nicht mit diesem umgehen können. Den Umgang mit Zugriffsrechten kann man nur mit ihnen lernen, nie ohne sie. Zu diesem Zweck erhalten z.B. Kinder Taschengeld.

Es ist zudem richtig und gewollt, dass die Umverteilungseffekte wie ein Konjunkturpaket für den Innenhandel dienen. Das ist insoweit unproblematisch, da anzunehmen ist, dass

11 Zuletzt hat Historiker Rutger Bregman in seinem kürzlich auf Deutsch erschienen Buch "Utopien für Realisten" zahlreiche Untersuchungen und Beispiele dazu angeführt. Reinbek bei Hamburg 2017

die Menschen sich mit dem versorgen werden, was sie für ihr Leben dringend brauchen und entspricht nicht einem übermäßigen Konsum, sondern der Grundidee von Wirtschaft, wie zu Beginn formuliert.

Zu Kritik-Punkt 7: Das wurde bisher zu jeder neuen Idee gesagt! Zum Atomausstieg ebenso wie zur regenerativen Energiegewinnung. "Ein Weg bildet sich, indem man ihn geht!" heißt es bei Dschuang Dsi.

Ist eine parteiübergreifende Zustimmung denkbar? Antwort: JA.

Gehen wir die derzeit im Bundestag vertretenen Parteien durch.

Bündnis90/Die Grünen

Für die Grünen ist die Verbindung von ökologischem und sozialen Handeln zentral und somit das Umweltkonto ein genuin "grüner" Entwurf. Die Grünen haben zwar immer ihr soziales Engagement betont, bislang aber konzeptionell nichts Nachhaltiges zum Ausgleich der Vermögensschiefelage beigetragen. Das Konzept des persönlichen Umweltkontos oder des Umfassenden Umweltkontos, wäre eine stringente Vorführung der Grundideen von Bündnis90/Die Grünen jenseits des Schemas kapitalistischer und sozialistischer Polarisierung. Denn das wird sich selten klar gemacht, CDU, FDP, SPD und Linke sitzen im selben Boot kapitalistischer Grundauffassung, nur auf verschiedenen Seiten. Ohne die kapitalistische Gesellschaftsstruktur gibt es kein Proletariat und damit auch keine Diktatur des Proletariats, um allein die äußersten Bordplätze zu benennen. Rechtsextreme ziehen ihren Kiel durch den braunen Schlamm unterhalb des Bootes.

Ökologische Betrachtung richtet sich jenseits dieser Strukturen frei von Ideologie auf die Gestaltung von Lebensraum und -freundlichkeit.

Die Linke

Für die Linke ist vor allem die Umverteilung des gesellschaftlichen Vermögens ein zentrales Anliegen, aber auch dass der ökologische Wandel gerecht abläuft und nicht nur auf den Schultern der Einkommensschwachen liegt.

SPD

Die SPD könnte durch Übernahme dieses Konzeptes am meisten profitieren. Sie könnte ihre alte Stammesgebiete (soziale Gerechtigkeit) zurückerobern ohne sozialistisch restriktiv vorgehen zu müssen.

CDU

Die CDU hat in der derzeitigen Klimapakete der Bundesregierung vor allem mit dem Argument um die soziale Last der Geringverdiener den CO₂-Preis niedrig gehalten und einen Zertifikatehandel vorgeschlagen. Mit dem persönlichen Umweltkonto wäre beiden Gesichtspunkten einfacher gedient.

FDP

Die FDP will so wenig Staat wie möglich und marktwirtschaftlich Verhältnisse. Beides bietet das Umweltkonto in hohem Maß. Mit ihren Freiburger Thesen von 1971 hat sie längst das Grundrecht eines solchen Umweltkontos gefordert.

AfD

Die AfD leugnet, dass der Klimawandel menschengemacht ist. Sie leugnet nicht, dass er stattfindet. Zu den anderen zukünftig knappen Ressourcen kenn' ich derzeit keine Stellungnahme. Sie setzt sich angeblich für die gesellschaftlich Abgehängten in unserer Gesellschaft ein und protestiert gegen höhere Preise. Für das Umweltkonto ist es unwichtig, ob der Klimawandel menschengemacht ist. Es ist eine Verteilungsstruktur, die so oder so, also auch für die AfD, in Zukunft nötig ist und die Verbraucherpreise nicht erhöht. Es bleibt aber fraglich, ob die AfD überhaupt an einem Konsens zum Erhalt friedlichen Zusammenlebens interessiert ist.

Liebe(r) Leser*in , die halbe Stunde ist noch nicht ganz um und ich danke für deine Geduld. Gerne kannst Du diesen Text an andere Interessentinnen und Interessenten weiterleiten. So hoffe ich auf eine breite Besprechung der hier vorgeschlagenen Idee.

Zum Geist der Zurücknahme und Reduktion großer Fußabdrücke hänge ich folgende kleine Geschichte an:

"Es war einmal ein Mann, der fürchtete sich vor seinem Schatten und haßte seine Fußspuren. Und um beiden zu entgehen, ergriff er die Flucht. Aber je öfter er den Fuß hob, umso häufiger ließ er Spuren zurück. Und so schnell er auch lief, löste sich der Schatten nicht von seinem Körper. Da wähnte er, er säume noch zu sehr; begann schneller zu laufen, ohne Rast, bis seine Kräfte erschöpft waren und er starb. Er hatte nicht gewußt, daß er nur an einem schattigen Ort zu weilen brauchte, um seinen Schatten los zu sein. Daß er sich nur ruhig zu verhalten brauchte, um keine Fußspuren zu hinterlassen."¹²

12 Alfred Döblin, "Die drei Sprünge des Wang-Lun", zitiert nach der Ausgabe des DTV-Verlages, München 1989, S. 13.